

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2235

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2235



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



SP-Politik unter der Lupe

Perpetuum mobile der Kostensteigerung

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli

Einfach wunderbar, was die Genossen ihren Wählerinnen und Wählern, Transgendern und was da sonst noch an Wählbarem kreucht und fleucht, vor den Wahlen alles versprechen.

In alter sozialistischer und planwirtschaftlicher Manier werden Mindestlöhne, massiv mehr Ferien, noch mehr Vaterschaftsurlaub, faire Mieten, eine Kontrolle der Bodenpreise, ein bezahlbares, aber gleichzeitig hochstehendes Gesundheitswesen und dergleichen mehr versprochen. Zu bezahlen selbstverständlich von den bösen Reichen! Und die Überwindung des Kapitalismus und der EU-Beitritt sind Fernziele der Linken!

Kein Wort findet der geneigte Leser aber davon, dass die meisten Missstände einerseits auf die unbegrenzte Zuwanderung, andererseits auf Missetaten von SP-Bundesräten zurückzuführen sind.

Die Zuwanderung bringt gigantische Kosten

Tatsache ist, dass in dreizehn Jahren eine volle Million mehr Menschen zu uns gekommen sind – eigentlich sind es ja noch viel mehr, denn in allen Statistiken wird nur die Netto-Zuwanderung angegeben. Im Jahr 2018 waren es netto 59'338 – aber nur, weil rund 80'000 bestens integrierte Spanier, Portugiesen, Griechen und Italiener in ihr Heimatland zurückkehrten. Tatsächlich gekommen und zu integrieren sind nämlich 140'087!

Dass die Mehrheit dieser Zuwanderer gigantische Kosten auslösen und in der Regel nur wenig zum Bruttosozialprodukt, geschweige zu vernünftigen Steuereinnahmen beitragen, wird geflissentlich verschwiegen. Der Kanton Aargau beispielsweise ist ein typischer Zuzugskanton – die Steuereinnahmen entwickeln

sich aber «dank» der unterdurchschnittlichen Begabung, jedoch überdurchschnittlichen Gebärfreudigkeit der Zuzüger klar unterdurchschnittlich.

Einträgliche Arbeitslosigkeit

Die SP tut nun so, als ob sie für die Erhaltung oder gar Schaffung neuer Arbeitsplätze einstehen würde. Doch genau das Gegenteil ist nachweislich der Fall. Wer unbegrenzt neue Arbeitskräfte in unser Land reinlässt, ist ganz direkt für die erhöhte Arbeitslosigkeit verantwortlich! Und ebenso direkt auch dafür, dass immer mehr über Fünfzigjährige in die Sozialhilfe abgeschoben werden. Sich hier als Gralshüterin der Arbeitsplätze anzupreisen, ist nicht nur unredlich, sondern verlogen!

Wussten Sie, dass auch die Arbeitslosigkeit für die Gewerkschaften eine grosse Einnahmequelle ist? Es ist geradezu absurd: Die Gewerkschaften profitieren von der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften sind nämlich auch Abwickler der Arbeitslosengelder und haben eigene Arbeitslosenkassen. Sie machen Abklärungen, Auszahlungen der Gelder und begleichen Arbeitsmarktmassnahmen.

Entschädigt werden sie durch ein Leistungspunktesystem. Vergleicht man die Verwaltungsaufwände der UNIA seit 2001 mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, stellt man fest, dass erstere überproportional stark anstiegen und 2016 bereits 52 Millionen Franken betragen. Auch bei den nächstgrösseren Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften Syna und Syndicom stiegen die Verwaltungsaufwände laufend an. Und es ist bekannt, dass bei diesen Kontakten die Gewerkschaften gleich auch noch neue (insbesondere ausländische) Mitglieder rekrutieren.

Zudem wäre es interessant zu untersuchen, ob die Kassen der Gewerkschaften nicht viel grosszügiger und länger bezahlen als «normale» Kassen – ich habe den Verdacht, dass hier allzu grosszügig mit dem Geld der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitgeberbeiträge umgegangen wird.

Gewerkschaften haben noch nie einen Arbeitsplatz geschaffen (ausser natürlich für die eigenen Genossen) – aber schon zehntausende Stellen vernichtet oder verhindert.

Wenn man weiss, wieviel Geld hier in die Kassen der Gewerkschaften gespült wird, so kann man verstehen, dass die SP so vehement für die Personenfreizügigkeit kämpft – je mehr Leute ins Land kommen, desto mehr Arbeitslose haben wir und um so mehr Geld bekommen die Gewerkschaften. Und da fast jeder Asylbewerber auch irgendwann auf diesen Kassen landet, handelt es sich faktisch um eine Lizenz zum Geld-Drucken. Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Gewerkschaften hier eine sprudelnde Einnahmequelle haben und

ganz direkt von jedem Arbeitslosen profitieren. Dies ist unanständig und gehört gestoppt!

Neuerdings dürfen wir sogar zur Kenntnis nehmen, dass sich Ständerat Daniel Jositsch und Nationalrätin Yvonne Feri für die KMU einsetzen werden. Dies ist schlicht ein Hohn und angesichts des Abstimmungsverhaltens dieser beiden Sozialisten nun wirklich sogar noch weniger als eine hohle Phrase. Die Arbeitsplatzvernichter sitzen in der SP – leider sekundiert von den Netten bei CVP und FDP!

Gigantische Kosten durch Asylgewährung

Genauso verhält es sich natürlich bei den Steuern: Wir warnen seit Jahren davor, dass allein die im Jahre 2015 eingereisten Asylbewerber gigantische Kosten verursachen werden. Nun, ab nächstem Jahr ist es so weit: Auf die Gemeinden prasselt mindestens eine Milliarde zusätzliche Kosten runter, weil sich der Bund nach fünf, respektive sieben Jahren aus der Zahlungspflicht für die von ihm massenweise importierten «Schützlinge» stiehlt.

Und diese Milliarde ist jährlich wiederkehrend, wohlverstanden! Und es sei jetzt schon gewarnt – die im Jahre 2016 importierten «Schützlinge» werden ab 2021 zusätzliche Kosten von rund 650 Millionen auslösen. Die Humanitätsduselei der SP-Bundesrätin Sommaruga kostet die arbeitstätige Bevölkerung der Schweiz buchstäblich Milliarden!

Prämienreduktion à la Dreifuss

Und dann das Gesundheitswesen: Da war es doch die SP-Bundesrätin Dreifuss, welche uns das unsägliche Krankenversicherungsgesetz eingebrockt hat. Sie versprach der Bevölkerung damals, bei Annahme dieser Vorlage könne der Prämienanstieg gebremst, ja die Prämien sogar leicht gesenkt werden. Und die Bevölkerung kroch ihr auf den Leim und stimmte – trotz Warnungen der SVP – dem Krankenversicherungsgesetz am 4.12.1994 relativ knapp mit 51,8 Prozent zu. Es brauchte damals keine hellseherischen Fähigkeiten, um angesichts der enormen Ausdehnung des Leistungskatalogs voraussagen zu können, dass die Prämien sich deutlich erhöhen werden...

In der Realität haben sich die Prämien nicht nur erhöht. Sie sind geradezu explodiert – alleine zwischen 1999 und 2018 haben sich die Prämien für die obligatorische Versicherung mehr als verdoppelt. Am Rande bemerkt sei, dass die Teuerung im gleichen Zeitraum lediglich 8,2 Prozent betrug! Und nun kommt ausgerechnet die SP und spielt sich als Hüterin des kleinen Mannes auf – dabei war es die SP und ihre Ministerin, die den Schweizerinnen und Schweizern dieses Gesetz eingebrockt haben! Dass die Zuzüger und vor allem auch die Asylanten einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den Gesundheitskosten verursachen,

ist ausserhalb der SP allen klar. Und natürlich hat der zuständige SP-Bundesrat Berset kein Rezept, geschweige eine Lösung für die von seiner sozialistischen Amtskollegin verursachte Misere – er versucht das Problem einfach auszusitzen.

Das Geschäftsmodell der SP funktioniert wie ein Perpetuum mobile – zum Schaden der Schweiz!

Andreas Glarner